

„Kein Blatt vor den Mund genommen“

SEN-Stammtisch im Gasthof Eder: Flüchtlinge und sozialer Wohnungsbau

Untergessenbach. (hk) Themen auf dem SEN-Stammtisch im Untergessenbacher Gasthof Eder waren die Aussagen von Innenminister Horst Seehofer über Sicherheit, Heimat und die Landwirtschaft. Sozialpolitisch ging es um die Rentenentwicklung, um die Gesundheitsversorgung, ums Wohnen und Arbeit im Alter. Es kam aber, was die vorgenannten Themen anging, ganz anders.

Den SEN-Mitgliedern waren ganz andere politische Gegebenheiten wichtiger. So war es eben wie fast immer auf den Stammtischen der Senioren Union. Wenn die alte Garde zusammenkommt, wird Tacheles geredet und kein Blatt vor den Mund genommen. Dann werden ganz andere Positionen vertreten wie die offiziell vorgegebenen. Nachdem Kreisvorsitzender Hermann Hilmer den Stammtisch eröffnet hatte, ging es auch schon los, aber nicht mit Seehofer oder Dobrindt, sondern um Vorgänge die Wut bei den Stammtischlern hatten aufkommen lassen. Maßlos ärgern konnten sich die Mitglieder über Zeitgenossen, die sich als Gaffer bei Unfällen hervortun oder über starrköpfige Autofahrer die keine Rettungsgasse bilden und über solche Personen, die die Rettungskräfte auch noch angreifen und, wenn die Polizei kommt, sich dann auch noch mit den Beamten anlegen. „Aber“, so einer der Diskutanten, „was nützt es, wenn die Polizei solche Leute fest- und in Gewahrsam nimmt, wenn die Richter diese Täterschaft am nächsten Tag wieder laufen lässt? Es passiert einfach nichts“, meinte der Mann. Kreis-schriftführer Franz Klingerbeck forderte in diesem Zusammenhang mehr Rechte für die Sicherheitskräfte. Dazu meinte der Diskutant: „Wenn die Polizei schießt, wird die Sache sofort herumgedreht und der Polizist zum Täter gemacht.“ Tenor



SEN-Kreisvorsitzender Hermann Hilmer und seine Vorstandskollegen Franz Klingerbeck und Walter Spenger (l.) auf dem Stammtisch im Gasthof Eder in Untergessenbach.

Foto: Keller

der allgemeinen Meinung unter den aktiven Diskutanten in der Gaststube war, dass die Justiz den Staat lächerlich macht mit der Folge, dass Viele keine Achtung mehr vor seinen Organen haben. Als ein Beispiel für Viele wurde der Diebstahl von Schuhen eines Asylanten angeführt, der nach der Festnahme durch die Polizei wieder mit den Schuhen gehen konnte, weil die letztlich vom Landratsamt bezahlt wurden. „Sollte so ein Asylant dann abgeschoben werden“ war die Meinung in der Gaststube, „dann geht der zum Anwalt, der einen Fall daraus macht, der dann mit zu den bereits 320 000 anhängigen Fällen gezählt werden kann, die sich jahrelang dahin ziehen während dieser Zeit der Asylant aber auf Kosten der Allgemeinheit unter Bezahlung der Anwalts- und Gerichtskosten aber im Lande bleibt“.

Ein weiteres Problem, das den Altgardisten der CSU unter den Nägeln brannte, war die Gewalt in allen Fernsehkanälen, weil es die früher in der gezeigten Brutalität nicht gegeben hatte. SEN-Kreisvorstand Walter Spenger dazu: „Ich habe an einem Tag mal über 20 Kriminalfilme mit solchen Szenen gezählt. Selbst im Vorabendprogramm wer-

den Dinge gezeigt, die untragbar sind. Ich weiß ja“, so der gleichberechtigte Kreis-SEN-Vorstand, „dass es den TV-Bossen nur um die Einschaltquoten geht. Da muss ich mich aber fragen: Wo bleiben unsere Kirchenleute, die ja auch im Rundfunkrat sitzen?“ Weil ihm diese Frage keiner beantworten konnte, ging es nach einem Ausflug zur sizilianischen Mafia, die zum Hohn für Polizei und Verwaltung vielerorts für Ruhe, Sicherheit und Arbeit sorgt, wie Spenger durch eigene Erfahrungen beweisen konnte, wieder zurück nach Deutschland mit seiner selbstverschuldeten Flüchtlingsproblematik, der man jetzt mit sogenannten Ankerzentren beikommen will. Auch diese Möglichkeit, Probleme in den Griff zu bekommen, wurde skeptisch gesehen, weil keiner in der Gaststube begreifen konnte, warum überhaupt alles so lange dauern muss.

Allgemeine Zustimmung fand die Lösung, niemanden ins Land zu lassen, der ohne Papiere kommt und Ländern, die die Rücknahme von Staatsbürgern verweigern, die hier zu verurteilten Verbrechern wurden, die Entwicklungshilfe entsprechend zu kürzen. Konsens bestand auch darüber, dass Bayern seine Au-

war man der Meinung, dass die Kirche froh sein sollte, einen Politiker wie Söder zu haben.

Die nachfolgende Kritik an Söder, der während seiner Zeit als bayerischer Finanzminister über 30 000 staatseigene Sozialwohnungen im Zusammenhang mit der damals maroden Bayern LB verkauft hatte, wurde von einem Mitglied damit begründet, dass Söder wegen diesbezüglich greifender EU-Bestimmungen wegen des Drucks aus Brüssel gar nicht anders gekonnt habe.

Damit war das Thema sozialer Wohnungsbau angeschnitten und der dafür erforderliche Grund, der ja größtenteils an den Peripherien der Städte von der Landwirtschaft kommen kann. Moniert wurde von einem Landwirt nach dessen Kenntnisstand, dass Betroffene für 13 Euro hätten verkaufen müssen, der Staat dann jedoch für 1 300 Euro pro Quadratmeter weiterverkauft habe und bezeichnete solche Vorgänge als Enteignung und Raub durch den Staat. Die Höhe sei dann noch gewesen, dass von diesen 13 Euro auch noch 40 Prozent des Erlöses an das Finanzamt hätten abgeführt werden müssen. Der Bericht wird fortgesetzt.

Bengrenzen selber schützen müsse, weil das bei den Außengrenzen der EU nicht funktioniere. Allgemeines Unverständnis herrschte vor, als Klingerbeck den Kreuzerlass von Söder zur Sprache brachte und dass Kritik darüber selbst von Kirchenleuten kam. In der Gaststube